

# Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. jur. D. Hammann.

VIII. Jahrgang.

Berlin, Dienstag, den 24. September 1889.

N<sup>o</sup> 75.

## Freisinnige Taktik.

Die „Schlesische Zeitung“ schlug kürzlich, zunächst für Breslau, den Abschluß eines Kartells der Kartellparteien mit den Freisinnigen gegen die Socialdemokraten vor und in der That ist für Breslau wie für viele andere Wahlkreise kein anderer Weg vorhanden, um der Gefahr socialdemokratischer Wahlen wirksam zu begegnen. Bei den Wahlen 1884, als die socialistische Arbeiterpartei 23 Sitze errang, hatte die Zersplitterung und Feindschaft unter den bürgerlichen Parteien das Meiste an diesem traurigen Erfolge verschuldet. Es mag noch ununtersucht bleiben, um wie viel Grade weniger schlimm die Wahl eines Deutschfreisinnigen gegenüber derjenigen eines Socialdemokraten erscheinen mag; einstweilen bietet die Haltung der Richter'schen Presse zu jenem Vorschlag einer allgemeinen Verständigung der bürgerlichen Parteien nicht die geringste Aussicht zu seiner Verwirklichung. Die freisinnigen Führer halten noch heute an den vielfältigen Mahnungen bei den für eine hohe Sache des Reiches so wichtigen Septennatswahlen fest, daß unter allen Umständen die Wahl von Kartellkandidaten verhindert werden müsse, d. h. daß jeder Socialdemokrat vor jedem Konservativen oder Nationalliberalen den Vorzug verdiene. Sie rechnen dabei so: Ob ein Socialdemokrat weniger oder mehr im Reichstage sitzt, ist in Bezug auf die socialistischen Forderungen ganz gleichgültig, weil diese doch immer in kleiner Minderheit bleiben; es ist aber nicht gleichgültig in Bezug auf die Mehrheitsverhältnisse im Reichstage, denn ein Socialdemokrat mehr bringt uns der Möglichkeit einer neuen Aera Windthorst-Richter-Grillenberger näher. Ueber das wahrhaft klägliche Bewußtsein, seine Combinationen auf der Reichsfeindschaft — in diesem Falle ist das Wort unzweifelhaft am Platze — von Welsen, Polen, Französlingen und Dänen aufzubauen, muß der Gedanke an die größere parlamentarische Macht der Führer hinweghelfen, mag diese Macht auch nur im Regiren und Verhindern und niemals bei der sonstigen Verschiedenartigkeit des socialistischen, freisinnigen, welsischen u. s. w. Standpunkts im positiven Leisten bestehen können.

Es ist nun aber doch kaum denkbar, daß sich die freisinnigen Wähler wie in so vielen anderen, namentlich persönlichen Angelegenheiten, so auch in der grundsätzlichen Frage einer Waffenbrüderschaft mit den Socialisten die Tyrannei ihres Höchstkommmandirenden gefallen lassen werden. Schon bei den Stichwahlen 1887 verlagte die Richter'sche Warnung: Kein Freisinniger darf einem Kartellkandidaten seine Stimme geben, vollständig. Ferner scheint der Abfall der Fortschrittler in Sachsen, wo man die Socialdemokratie am genauesten zu beobachten Gelegenheit hat und wo allgemein deren Niederlagen in Folge des festen Zusammenhalts aller bürgerlichen Elemente als eine Wohlthat empfunden werden, von der freisinnigen Partei unmittelbar bevorzustehen. Die sächsische Fortschrittspartei hatte sich vor drei Jahren offen und entschieden an das Kartell angeschlossen, ohne zugleich formell von der freisinnigen Partei sich loszusagen. Letztere ging inzwischen mit Gründung von Localvereinen in Sachsen vor, welche lediglich den Winken des Abgeordneten Richter zu folgen hatten und in einer Generalversammlung in Chemnitz den Beschluß faßten, daß bei den nächsten Reichstagswahlen jeder freisinnige Wähler, sobald es sich um die Wahl eines Kartellgenossen oder eines Socialdemokraten handle, nicht für Jenen, sondern für Diesen zu stimmen habe. In Folge dieses Beschlusses betonte ein Führer der Fortschrittspartei in der Dresdener Zeitung, daß jene mit der radikalen Richter'schen Richtung nichts mehr gemein haben dürfe, da „kein Mitglied der Fortschrittspartei im Lande fähig wäre, einen solchen Verrath (Anschluß an die Socialdemokraten) zu üben.“ In einem zweiten Artikel desselben Führers heißt es: „Was den Wunsch anlangt, daß die sämtlichen Mitglieder der sächsischen Fort-

schriftspartei aus der deutschfreisinnigen Partei, nachdem es in der That erwiesen scheint, daß innerhalb derselben der Richter'sche Einfluß der dominirende bleiben sollte, ausscheiden möchten, so theilt Verfasser dieses denselben vollständig, da nur durch diesen Schritt der zur Zeit noch große Einfluß der Fortschrittspartei in Sachsen dauernd und wachsend erhalten werden kann.“

Wahrscheinlich wird das sächsische Beispiel nicht vereinzelt bleiben. Aber vielleicht wird auch die Hülfe der Socialdemokratie dem Abgeordneten Richter die Neutereien im eigenen Lager verschmerzen lassen. Ob diese Hülfe eine wirkliche und dauerhafte Entschädigung bietet? Wir glauben nicht; denn nicht Liebe, sondern nur Bosheit wird seine Bundesgenossen bestimmen, welche selber den ganzen Freisinn als sichere Zukunftsbeute der Socialdemokratie betrachten.

## Die Wahlen in Frankreich.

In der französischen Deputirtenkammer saßen bisher 381 Republikaner (Opportunisten und Radikale) und 203 Monarchisten und Boulangisten. Die Neuwahlen am Sonntag verliefen äußerlich ohne große Zwischenfälle; in Paris kam es zu boulangistischen Straßendemonstrationen, die vom Militär unterdrückt wurden, das war Alles. Nach einer Mittheilung des Ministeriums des Innern waren am Montag von den 586 vorzunehmenden Neuwahlen 560 bekannt, und zwar sind 224 Republikaner gewählt, darunter 167 Gemäßigte und 57 Radikale, ferner 159 Angehörige der Opposition, nämlich 86 Royalisten, 51 Bonapartisten und 22 Boulangisten. Stichwahlen sind 177 erforderlich, von denen man bei 135 einen für die Republikaner günstigen Ausfall erwartet. Die Mittheilung sagt am Schluß, die neue Kammer werde aus etwa 369 Republikanern und 201 Oppositionellen bestehen. Außer den 10 Wahlen in den Kolonien sind noch 16 Wahlen unbekannt.

Mag diese Berechnung auch zu optimistisch sein — die Blätter der Opposition rechnen auf eine Minorität von 225 Köpfen — so wird sich doch immerhin das Ergebnis dahin zusammenfassen lassen: Es bleibt Alles beim Alten, es giebt weder Sieger noch Besiegte. Der Boulangismus ist nicht todt und andererseits sind die Prahlereien des brave général nicht zur Wahrheit geworden. Es bleibt einerseits die Thatsache bestehen, daß ein verurtheilter Politiker, ein unter schimpflichem Verdacht seiner Ehren und Würden entkleideter General in Paris selbst, dem Hirne Frankreichs, gewählt worden ist und im Lande von seinem Anhange nichts eingebüßt hat; und die Wahlen beweisen andererseits, daß der Ansturm der Royalisten, die sich nicht scheuten, mit einem Boulanger gemeinsame Sache zu machen, auf die Republik einstweilen abgeschlagen worden ist.

Der Republik kam zweierlei besonders zu Statten: Einmal konnten die gemäßigten Republikaner als die Machthaber das Wahlergebnis mit den kräftigsten Mitteln vorbereiten und sie haben von der Macht ausgiebigen Gebrauch gemacht. Zum Zwecke einer erfolgreicherer Abwehr der boulangistischen Gefahr war in der letzten Session ein neues Wahlgesetz geschaffen worden, welches an die Stelle des von Gambetta dem Lande einst aufgezwungenen Listenwahlverfahrens nach Departements das System der Einzelwahl nach Arrondissements treten ließ und die Vielkandidaturen eines und desselben Mannes untersagte, wodurch die Möglichkeit einer Art von Plebisit für Boulanger vermieden und nebenbei die Zahl der Deputirtenmandate ein wenig (von über 600 auf 586) herabgemindert wurde. Dann aber fiel der große Erfolg der Pariser Weltausstellung schwer zu Gunsten der Republik in's Gewicht. Hält man sich gegenwärtig, daß die Leitung der Wahlen diesmal völlig in der Hand der gemäßigten Republikaner lag, daß fernerhin die Verurtheilung

Boulangers wegen eines gemeinen Verbrechens, sowie sein weiteres Verhalten seiner Sache und derjenigen der mit ihm verbündeten Monarchisten nicht förderlich sein konnte, endlich, daß der Goldregen, welchen die Ausstellung über Paris ergehen läßt, und der Erfolg, welchen das gute Gelingen derselben für die republikanische Regierung darstellt, ebenfalls dazu angethan war, die Stimmung für die Republik zu bessern, so kann man wohl den Eindruck gewinnen, den die Nat. Ztg. dahin umschreibt, daß das Ergebnis der Wahlen weniger den Sieg der Republik, als vielmehr die Abwendung einer schon sehr dringend gewordenen Gefahr von derselben bedeutet.

Abgesehen von etwaigen Ueberraschungen, welche die Stichwahlen noch bringen können, darf man gespannt darauf sein, wie sich das Verhältnis innerhalb der republikanischen Mehrheit gestalten, welchen Antheil an ihr die Opportunisten, welchen die Radikalen erhalten und wie sich beide mit einander vertragen werden.

### Wirtschaftliche Beziehungen zu Italien.

Die Franzosen haben in letzter Zeit einen Krieg gegen die italienische Rente begonnen und überdies die finanziellen Verlegenheiten, in welche jüngst einige italienische Geldinstitute gerathen sind, höhnisch als die natürliche Folge des Abbruchs der italienisch-französischen Handelsbeziehungen, der mehr und mehr hervortretenden Neigung Italiens, sich von Frankreich wirtschaftlich unabhängig zu machen, wie überhaupt der ganzen Politik Italiens, die sich in dem Ministerpräsidenten Crispi verkörpert, ausgegeben.

Es ist nichts als politischer Haß, nichts als Mergel über die Abwendung Italiens von Frankreich und über seine Stellung im Friedensbunde, der sich in diesem Vorgehen bekundet. Denn die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse Italiens rechtfertigen in keiner Weise das von Frankreich versuchte Proscriptionsverfahren, namentlich aber stehen die Calamitäten, welche über einige italienische Geldinstitute hereingebrochen sind, mit der Lage der italienischen Finanzwirtschaft nicht in der geringsten Beziehung und noch weniger wären bei normaleren italienisch-französischen Geldbeziehungen die aus Ueberspeculationen hervorgegangenen Schwierigkeiten italienischer Privatbanken verhindert worden.

Für Italien sind zwar die wirtschaftlichen Differenzen mit Frankreich nicht bequem gewesen, indeß hat es den Ausfall, der ihm hierdurch entstanden ist, durch Oeffnung anderer Wege und Beziehungen mit Erfolg zu überwinden vermocht. Der Export von Wein nach Deutschland hat sich erheblich gesteigert; nicht minder setzt Italien auf deutschem Markt Delé, Früchte, Blumen, Gemüse und verschiedene Erzeugnisse des Gewerbefleißes in wachsendem Maße ab. Die Ausfuhr Italiens überhaupt hat in dem ersten Halbjahr 1889 dem Werthe nach 462 Millionen Lire gegen 452 Millionen in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres betragen, was gerade nicht auf einen Rückgang seiner Handelsbeziehungen schließen läßt. Besonders hat sie sich in Baumwolle, Seide, Papier, Glas u. s. w. gehoben. Auf der anderen Seite ist dem italienischen Staate aus der Einfuhr in dem ersten Halbjahr 1889 insgesammt an Zolleinnahmen ein Mehr von 31½ Millionen Lire gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres erwachsen.

Als einen Maßstab der guten wirtschaftlichen Verhältnisse Italiens kann man auch die Steigerung der Sparkasseneinlagen im Jahre 1888 betrachten, welche — trotz des Zollkrieges mit Frankreich — gegen das Vorjahr rund 23½ Millionen Lire betragen hat.

Die von französischer Seite ausgehenden und auf politische Rache zurückzuführenden Bemühungen, den italienischen Credit zu untergraben, haben in Deutschland mit Fug und Recht nicht die geringste Berücksichtigung erfahren. Im Gegentheil ist zu constatiren, daß die italienische Rente nicht etwa wie früher nur zu Speculationszwecken von Banken und Börsen, sondern mehr und mehr als Anlagecapital von Privaten benutzt worden ist. Der Mailänder „Sole“ sagt zutreffend: „Zwischen Italien und dem Deutschen Reiche erstarken die Bank- und finanziellen Beziehungen. Unsere Staatsrenten und anderweitigen Werthpapiere, welche der deutsche Geldmarkt früher mehr als Speculationspapiere, denn als Anlegepapiere behandelte, werden jetzt auch außerhalb der eigentlichen

Finanzkreise angenommen. Für unsere Eisenbahn-Obligationen ist Deutschland der hauptsächlichste Markt.“

Die neuen französischen Anstrengungen werden, wie wir überzeugt sind, dieser Entwicklung der italienisch-deutschen Beziehungen wirtschaftlich-finanzieller Art ebenso wenig Abbruch zu thun vermögen, wie sie im Stande sein werden, der Politik der italienischen Regierung einen anderen Cours zu geben. Im Gegentheil, der Finanzkrieg Frankreichs gegen Italien wird allen denen, welche über die Bedeutung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien als einer höchst wünschenswerthen Ergänzung der freundschaftlichen politischen Beziehungen bisher noch nicht im Klaren waren, die Augen öffnen und dazu beitragen, daß das Gegentheil von dem, was von französischer Seite gegenüber Italien geschieht, von deutscher Seite gethan wird.

### Neuigkeiten aus der Verwaltung.

#### Ueberweisung von Polizeiverwaltungskosten.

Durch Ministerialerlaß ist den Oberpräsidenten der Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen die Vertheilung der für das Staatsjahr 1888/89 in Folge der Einführung der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872, durch das Eingehen der königlichen Polizeiverwaltungen, durch den Wegfall der Schulzen-Remunerationen und anderer Polizei-Verwaltungskosten gegen die bezüglichen Staatsansätze pro 1873 ersparten und nach §. 70 der Kreisordnung den Kreisen zu überweisenden Beträge von zusammen 762 175 Mark auf die Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen mit dem Bemerken zugegangen, daß die General-Staatskasse Anweisung erhalten hat, die auf die einzelnen Regierungsbezirke entfallenden Beträge den betreffenden Regierungs-Hauptkassen zur weiteren Verrechnung zu überweisen.

Von den 762 175 M. entfallen auf Ost- und Westpreußen 213 057, Brandenburg 157 227, Pommern 100 938, Schlesien 182 843, Sachsen 108 110 M. Nach Abzug der pro 1. April 1888 bis ult. März 1889 bereits abschlägig gezahlten Summen bleiben noch zu zahlen für: Ost- und Westpreußen 44 667, Brandenburg 34 117, Pommern 21 158, Schlesien 38 333, Sachsen 22 900 M., zusammen 161 175 M.

#### Seminarlehrerkurse für Gesundheitslehre und Heilgymnastik.

Nach einer Verfügung des Cultusministers sollen im Winter zwei Kurse über Gesundheitslehre und Heilgymnastik für Seminarlehrer in der Turnlehrer-Bildungsanstalt zu Berlin mit einer Dauer von je 14 Tagen und einer Theilnehmerzahl von 12 Lehrern eingerichtet werden.

Für den ersten Kursus ist die Zeit vom 21. Oktober bis 2. November d. J. in Aussicht genommen; zu demselben haben die königlichen Provinzial-Schulcollegien je einen Seminarlehrer nach ihrer Auswahl zu entsenden. Jedem Theilnehmer wird zu den Kosten des Instruktionkursus eine Beihilfe in ungefährer Höhe seiner Aufwendungen gewährt, und zwar für die Eisenbahnfahrt den Preis der dritten Wagenklasse, für die Dauer der Reise und des hiesigen Aufenthalts an Zehrgeld pro Tag 5 Mark.

### Politische Tagesfragen.

#### Unser Kaiser

wurde am Sonnabend Nachmittag bei seiner Ankunft in Schloß Friedrichskron von dem Kronprinzen und dem Prinzen Sikel Fritz in der Uniform des 1. Garde-Regiments z. F. und von den jüngeren Prinzen am Eingange zum Muschelsaale begrüßt.

Am Sonntag Nachmittag kam das Kaiserpaar nach Berlin zum Besuch der Kaiserin Friedrich, welche Ende der Woche mit den Prinzessinnen Töchtern aus Dänemark zurückkehrte. Von dort aus fuhr das Kaiserpaar nach dem Ausstellungspark und nahmen die Modelle zu einem Denkmal für Kaiser Wilhelm I. in Augenschein.

#### Der Bundesrath

hält am Mittwoch seine erste Plenarsitzung ab, in der die Verlängerung des kleinen Belagerungszustandes in den Städten Berlin, Frankfurt, Hamburg-Altona und Offenbach beschlossen werden dürfte.

#### Ausweisung von Ausländern.

Dem Bundesrath ist ein Entwurf von Vorschriften zugegangen, welcher das Verfahren bei der Abschiebung von Ausländern, die durch Erkenntnis wegen bestimmter Vergehen nach dem Strafgesetzbuche des Reichs verwiesen werden, einheitlich zu regeln bezweckt. Es soll die Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete entweder mittels

Transportes oder durch Ertheilung eines Zwangspasses oder durch Bekanntmachung der Ausweisungsverfügung erfolgen. Im Wege des Transportes soll die Ausweisung stets dann zu vollziehen sein, wenn anzunehmen ist, daß der Ausgewiesene der Ausweisung nicht ohne Anwendung körperlichen Zwanges Folge leisten werde. Die Fürsorge für die tatsächliche Entfernung des Ausgewiesenen aus dem Reichsgebiet soll ferner nicht den in der Regel mit den Grenzverhältnissen nicht vertrauten Transporteuren überlassen werden, sondern es soll der von dem Eintreffen des Transportes unterrichteten Grenzpolizeibehörde die Verpflichtung auferlegt werden, den Uebertritt des Ausgewiesenen über die Reichsgrenze herbeizuführen.

**Ein socialdemokratisches Wahlmanöver.**

Eine überraschende Erscheinung sind die in diesem Jahre bei den sächsischen Steuerbehörden zahlreich eingegangenen Beschwerden von Steuerpflichtigen wegen zu niedriger Einschätzung zur Einkommensteuer. Die Beschwerdeführer gehören, wie die Rdn. Ztg. schreibt, durchweg den untersten Steuerklassen an, bei denen die Einschätzung erfolgt, ohne daß die Beitragspflichtigen aufgefordert werden, ihr Einkommen selbst anzugeben (im Königreich Sachsen besteht in gewissem Umfange die Selbsteinschätzung) und sind mit einem 600 Mark nicht übersteigenden Einkommen abgeschätzt worden. Während man sonst wohl viele Klagen über zu hohe Einschätzungen zu hören bekam, verlangen diese Beschwerdeführer, in höhere Steuerklassen versetzt zu werden. Dies geschieht offenbar in der Absicht, die Stimmfähigkeit für die Landtagswahlen zu erlangen, welche an die Entrichtung eines Mindestbetrages von 3 Mark an direkten Staatssteuern gebunden ist, ein Steuerbetrag, den die Einkommen von 600 Mark noch nicht erreichen. Den Steuerbehörden erwächst aus diesen Beschwerden die seltsame und nicht leichte Aufgabe, in jedem einzelnen Falle zu prüfen und festzustellen, ob der Beschwerdeführer wirklich berechtigt ist, in die von ihm begehrte höhere Einkommenklasse eingeschätzt zu werden. Es steht nach dem genannten Blatte außer allem Zweifel, daß man es hier mit einem von socialdemokratischen Führern in Szene gesetzten Wahlmanöver zu thun hat.

**Waarenauktionen.**

Neben den vielen Vortheilen, welche die Grundsätze der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 für Handel und Industrie brachten, haben sie auch Auswüchse gezeitigt, deren Bekämpfung im Interesse des lebhaften Gewerbes geboten erscheint. Hierzu zählt die Handelskammer von Trier in ihren letzten Jahresbericht in erster Linie die öffentlichen und gewerbmäßigen Versteigerungen neuer Waaren, indem sie folgendes geltend macht:

„So wenig solche Auktionen bei öffentlichen Konkursen, vakanten Nachlassenschaften, Theilungsausinandersetzungen umgangen werden können, eben so wenig liegt ein Bedürfnis zu den gewerbmäßigen Versteigerungen neuer, zu diesem Zwecke vielfach hergestellter Waaren Seitens des Produzenten oder Kaufmannes für eigene Rechnung vor, welches deren allgemeine und schrankenlose Zulassung rechtfertigen könnte. Wie die Erfahrung an hiesigem Platze lehrt, bilden fast alle und jede Arten von Waaren zur Zeit den Gegenstand gewerbmäßiger Versteigerungen. Sie tauchen in der Regel zu Zeiten auf, wo Seitens des Publikums der Bedarf an jenen Waaren gedeckt zu werden pflegt und sind bei öfteren Wiederholungen dazu geeignet, die reguläre Absatzquelle der Waaren durch freihändigen Verkauf zu unterbinden, gefährden sonach die wirthschaftliche Existenz der anständigen Detailhändler und Handwerker.

Für das Publikum haben diese Versteigerungen aber den Nachtheil, daß sie den volkswirtschaftlich unerwünschten Verbrauch vielfach geringwerthiger Waaren zur Befriedigung vorhandener Bedürfnisse fördern, auch zum Ankauf von Gegenständen verleiten, welche keinem reellen Bedürfnisse entsprechen, also zu unnöthigen Geldeausgaben Veranlassung geben.

Nach unseren Wahrnehmungen hat sich seit Erlaß des Gesetzes vom 1. Juli 1883, welches die Waarenversteigerung Seitens Auswärtiger überhaupt verbietet, eine merkliche Zunahme solcher Versteigerungen durch anständige Gewerbetreibende ergeben. Die Vorlage eines in aller Form Rechtens verbrieften Scheinkaufes, der formelle Nachweis, daß die auswärtige Waare zur Deckung einer angeblichen Schuld übernommen worden ist, genügen, um sich als Eigentümer der Waare zu geriren, dieselben am Orte seines Wohnsitzes zur Versteigerung zu bringen und auf diese Weise die Gesetzesvorschriften zu umgehen. Ein gesetzliches Einschreiten gegen diese Mißstände halten wir daher für wünschenswerth. Auf alle Fälle scheint es geboten, den Communalbehörden das Recht zur Erhebung von Auktionsabgaben im Verhältniß zum Auktionserlöse einzuräumen.

Es mag hierbei nicht unerwähnt bleiben, daß die in einzelnen Städten bestehenden Vereine gegen das Unwesen in Handel und Gewerbe eine recht erfolgreiche Wirksamkeit auf diesem Gebiete entfaltet haben.“

**Ein bayerischer Katholikentag**

mit dem Zwecke, dem Ministerium v. Luz Schwierigkeiten zu bereiten und die ultramontane Bewegung wieder in lebhafteren Fluß zu bringen, fand Sonntag und Montag in München statt. Die Tendenz wird durch das Wort eines Redners von dem „Versumpfungsbacillus der halben Befriedigung“ über die Lage der katholischen Kirche in Bayern gekennzeichnet. Der bayerische Episcopat hielt sich dem Tage fern.

**Urtheile über die Wahlen in Frankreich.**

Die republikanischen Zeitungen von Paris erblicken in dem Ergebnisse der Wahlen einen Sieg der Republikaner und sprechen die Hoffnung aus, daß die neue Majorität nicht wieder in die früheren Uneinigheiten verfallen werde. Das „Journal des Débats“ giebt seiner Genugthuung über den Niedergang des Boulangismus Ausdruck, hat aber kein Vertrauen zu der Weisheit der neuen Majorität.

Die Wiener Blätter betrachten im Allgemeinen das Ergebnis der französischen Wahlen als einen großen Erfolg der republikanischen Partei und als Niederlage des Boulangismus und Radicalismus. Allerdings thue ein einiges Vorgehen der Republikaner bei den Stichwahlen und in der Kammer zur Begründung einer festen Regierungsmehrheit noth. Nach dem „Fremdenblatt“ zeigt das Ergebnis der Wahlen, daß sich die Stimmung wieder mehr der Republik zugewendet habe. Die erhaltenden Triebe seien dieses Mal auf die Seite der Republik getreten und hätten ihr die seit einem Jahre verlorenen Stimmen verschafft, was namentlich aus dem Pariser Wahlergebnis ersichtlich sei. Im Ganzen genommen schienen die gemäßigten Elemente weit zahlreicher als in der vorigen Kammer vertreten zu sein. Es handle sich nun noch darum, die Nachwahlen nicht schlechter ausfallen zu lassen, als man dieselben erwarte. Dann könne mit Eüchtigkeit und gutem Willen die diesmalige große Krisis wohl als überwunden betrachtet werden. — Die „Neue freie Presse“ hält es schon jetzt für gewiß, daß die überwältigende Mehrheit der Wähler trotz hundertfältiger Zersplitterung der Meinungen im Einzelnen, sich nicht nach der Diktatur sehnt. Die Republik sei aus der schweren Krisis lebend hervorgegangen. Frankreich sei nicht für Boulanger, und dies sei das wichtigste und schönste Resultat des Wahltages. Die „Presse“ meint, die Wahlen hätten die unmittelbare Gefahr des Staatsstreichs beseitigt. Die inneren politischen Zustände Frankreichs würden dadurch aber nicht gründlich geheilt. Immerhin habe der Gesundungsproceß begonnen und in einer Beziehung sei eine Umkehr zum Besseren deutlich sichtbar: Kein Candidat habe offen den Revanchegedanken nach zu rufen gewagt, weil er wisse, daß die große Masse des französischen Volkes nicht lüftern nach dem Kriege sei, sondern die friedliche Arbeit wolle.

**Ein Dekret gegen den Sklavenhandel**

hat der Sultan von Zanzibar erlassen. Alle Sklaven, welche nach dem 1. November in das Reich des Sultans eingeführt werden, werden für frei erklärt. Schon 1873 hatte Sultan Bargasch einen Vertrag mit England wegen Abschaffung des Sklavenhandels unterzeichnet, wogegen England die von dem Sultan jährlich an Maskat zu zahlende Summe von 120 000 Mark auf seine Kasse übernahm. Von einer Beseitigung oder auch nur Abnahme des Sklavenhandels in Folge dieses Vertrages war aber später nichts zu merken, im Gegentheil wurden sogar auf der Insel Sansibar selbst unter den Augen des Sultans die Sklavenmärkte in altgewohnter Weise abgehalten. — Jetzt scheint es doch Ernst mit der Unterdrückung des Sklavenhandels zu sein. Der Sultan hat gleichzeitig den deutschen und englischen Kriegsschiffen das Recht ertheilt, „alle unter arabischer Flagge fahrenden Dhaus in den Gewässern von Sansibar nach Sklaven zu durchsuchen und eventuell aufzubringen.“ Dies Recht ist unabhängig von der Blockade, deren Aufhebung bevorstehen soll.

**Spanisch-Marokkanisches.**

Das Madrider Journal „Correo“ berichtet über einen neuen Zwischenfall mit Marokko. Das spanische Kanonenboot „Crocobilo“ sei von den Risspiraten beschossen worden, habe den Angriff sofort erwidert und einige Wohnungen zerstört.

**Personalien.**

Aus der allgemeinen Verwaltung und aus der Verwaltung des Innern.

Der Regierungsrath Forster zu Aachen ist zum Verwaltungsgerichts-Direktor zu Berlin ernannt worden.

Der Regierungsrath von Nazmer zu Frankfurt a. D. ist zum Oberregierungsrath ernannt worden.

Der zweite Bürgermeister der Stadt Brandenburg, Hammer, ist als Mitglied des Herrenhauses auf Lebenszeit ernannt worden.